

## Einleitung

(Version 6, 1.7.13)

In keinem Bildungsbereich ist der Widerspruch zwischen Wort und Tat derart offensichtlich wie bei der Politischen Bildung. Einerseits beschwören Politiker in Sonntagsreden, wie wichtig die Politische Bildung sei, da Menschen ja nicht als Demokraten geboren würden. Andererseits führen in den Stundentafeln öffentlicher Schulen die Fächer Politik, Gesellschaft, Sozialkunde usw. ein absolutes Schattendasein. Und in der außerschulischen Bildung (z.B. Volkshochschulen, kirchliche Bildungswerke, Gewerkschaften) gilt die Politische Bildung vielfach als vom Aussterben bedrohter Zuschussbetrieb. Angesichts dieses Widerspruchs braucht sich niemand zu wundern, wenn ein Großteil der Kinder und Jugendlichen sich von der Politik nicht ernst genommen fühlen<sup>1</sup>, wenn besonders junge Menschen immer weniger zur Wahl gehen, wenn viele glauben, höchstens über das Konsumverhalten noch etwas bewirken zu können. Einige wenige, zumeist junge Männer, gehen noch einen Schritt weiter: Sie versuchen, sich jenseits der demokratischen Spielregeln Respekt zu verschaffen oder sie treten einfach auf der Straße einen Schwächeren nieder, um sich wenigstens für einen Moment selbst stark zu fühlen.

Wozu Politische Bildung, wozu überhaupt Politik?

An dieser Stelle könnten zwei Fragen gestellt werden. Erstens: Warum wird dieser Zustand eigentlich so klaglos hingenommen? Es gibt bekanntlich keine nennenswerte Lobby für eine bessere Ausstattung der Politischen Bildung mit Zeit und Geld. Und zweitens: Sind politisch gut gebildete Bürger tatsächlich im Interesse derer, die Verantwortung in Staat und Wirtschaft tragen? Oder stellen solche Bürger nicht eher einen Risikofaktor dar, weil sie sich nicht mehr so leicht regieren und kommandieren lassen? Bezieht man die Frage nach den Gründen der geringen Attraktivität und nach den Interessen der Verantwortlichen aufeinander, so könnte man auf die Idee kommen, dass wir es mit einem echten Teufelskreis zu tun haben: Je weniger die politisch Verantwortlichen an politisch gebildeten Bürgern interessiert sind, desto schlechter werden sie die Politische Bildung mit Ressourcen ausstatten. Und je schlechter die Politische Bildung ausgestattet ist, desto geringer wird die Chance, die politisch

Verantwortlichen dazu zu zwingen, der Politischen Bildung einen höheren Stellenwert zu geben.<sup>2</sup>

Nicht nur die Bildung über die Politik, auch die Politik selbst genießt kein besonderes Ansehen. Und das in jenen Gesellschaften, die sich ihrer demokratischen Tradition und Ordnung rühmen und diese in alle Welt zu exportieren bemüht sind. Schlimmer noch: Die Politik gilt vielen als Tummelplatz für Karrieristen und Profilneurotiker, manchen sogar als prinzipiell schmutziges Geschäft. Bezeichnend ist, dass viele den Märkten mehr zutrauen als der Demokratie. Die geringe Wertschätzung der Politik kann zunächst vielleicht dadurch erklärt werden, dass Politiker sich in aller Regel wechselseitig ständig kritisieren, dabei meist nicht besonders fair miteinander verkehren und so an der Demontage des Vertrauens, das sie von den Bürgern erwarten, selbst eifrig mitarbeiten. Wenn man sich den Aufwand vergegenwärtigt, den Politiker treiben, um gewählt zu werden, und die Gewählten, um an der Macht zu bleiben, kann sich leicht der Eindruck verdichten, dass die Politik oft mehr Energie und Zeit in den Kampf der Akteure gegeneinander als in die Sorge für das Gemeinwohl steckt.

Entscheidend für das geringe Ansehen der Politik dürfte aber etwas anderes sein. Dies zeigt sich an der ständigen Rede von „Sach“zwängen der Ökonomie, von der „Alternativlosigkeit“ politischer Entscheidungen und an politischen Forderungen wie der nach einer „marktkonformen Demokratie“. Bemerkenswert ist, dass politisch Verantwortliche selbst es sind, die ihre Arbeit derart diskreditieren.<sup>3</sup> Besonders entlarvend äußern sich freilich die Repräsentanten der Finanzwirtschaft. So vertrat Rolf E. Breuer, 1997 – 2002 Vorstandssprecher der Deutschen Bank, bereits im April 2000 die Meinung, dass es gar nicht so schlecht sei, wenn im 21. Jahrhundert die Politik „im Schlepptau der Finanzmärkte“ stünde, sie seien gewissermaßen eine „fünfte Gewalt“ im Staate.<sup>4</sup> Und Alan Greenspan, der Präsident der amerikanischen Notenbank, stellte angesichts der bevorstehenden Wahlen im September 2007 fest, es spiele kaum eine Rolle, wer Präsident werde, denn „die Welt wird durch Marktkräfte regiert“.<sup>5</sup> All das sorgt nicht dafür, dass Politik als kreative Gestaltungsaufgabe unseres Zusammenlebens besonders wertgeschätzt würde.

Eine kritische Einführung

Das Buch will eine „Einführung“ und zugleich „kritisch“ sein. Als „Einführung“ wendet es sich an alle Praktiker der Politischen Bildung – in Schulen, in der außerschulischen Jugendarbeit, in Bürgerinitiativen, Verbänden, NGOs, Parteien etc. Es möchte ihnen helfen, diese Praxis kritisch zu reflektieren und neue Impulse zur Veränderung dieser Praxis zu entwickeln. Und es richtet sich an all diejenigen, die sich an Hochschulen und in anderen Bildungseinrichtungen auf eine solche Praxis vorbereiten.

Wenn hier ein „kritischer“ Anspruch erhoben wird, so durchaus im ursprünglichen Sinn des Wortes. „Kritik“ kommt vom griechischen „kritike techne“ und bedeutet ursprünglich Beurteilungskunst. Beim Beurteilen kommt es auf das genaue Unterscheiden an: Was ist Wirklichkeit, was Schein? Was ist Wahrheit, was Täuschung oder Lüge? Was ist Oberfläche, was liegt zugrunde? Was ist Ursache, was Wirkung? Was ist wichtig, was nebensächlich? Die Einführung will auf solche Unterscheidungen besonderen Wert legen und sie so sorgfältig wie möglich treffen. Dazu orientiert sie sich an der so genannten Kritischen Theorie der Gesellschaft, die in der Tradition von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Axel Honneth und Wolfgang Streeck steht.

Kritischer Anspruch heißt Parteiergreifung für die Demokratie. Denn die Forderung nach „Marktkonformität“ für die Demokratie und die Begrüßung der Finanzmärkte als „fünfte Gewalt“ kann nicht hingenommen werden. Gegen solche Zumutungen wird Widerstand zur Pflicht, auch und gerade für die Politische Bildung. Immerhin geht es um nichts Geringeres als die Abwendung des Versuchs der Unterordnung der Demokratie unter den Markt. Nicht mehr „one man, one vote“, sondern „Wer zahlt, schafft an“ ist dessen Legitimationsprinzip. Wenn einige die Demokratie tatsächlich marktkonform machen wollen, dann ist die Frage nicht mehr fern, ob Wirtschaft und Gesellschaft nicht eher von kompetenten Experten mit schnellen Maschinen regiert werden sollten als von Vertretern des Volkes, die sich, wie das Volk selbst, immer erst mühsam verständigen müssen.

Aufgaben des Widerstands

Die erste Aufgabe des Widerstands, zu dem eine kritische Politische Bildung befähigen könnte, besteht in der Aufdeckung der Entstehungsbedingungen für diesen Imperialismus der Ökonomie. Wie konnte es ihr gelingen, die Grenze zwischen jenen Regeln, die uns die Natur auferlegt, und jenen, die wir uns selbst geben, derart zu verwischen? Diese Bildungsaufgabe erfordert genaue analytische Unterscheidungen. Dabei müssen die Verhältnisse so lange zerlegt werden, bis ihre Grundlagen zum Vorschein kommen. Und die Grundlage aller politischen und ökonomischen Verhältnisse, das kann man bei Marx und vielen anderen nachlesen, ist die menschliche Arbeit. Durch sie stellt der Mensch sein Verhältnis zur Natur, zu Seinesgleichen und zu sich selbst her – seit drei Millionen Jahren jeden Tag von Neuem. Um die Entstehungsbedingungen des ökonomischen Imperialismus aufzudecken, ist es wichtig, die besondere Form, wie Arbeit im Kapitalismus organisiert ist, genauer zu untersuchen. Diese Form erzeugt nämlich einen spezifischen Fetischismus. Weil Menschen sich in der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht direkt, sondern indirekt über ihre Waren begegnen, erscheinen ihnen ihre Verhältnisse als durch die sachlichen Vorgaben dieser Waren definiert. Zu diesen sachlichen Vorgaben, den viel zitierten „Sach“zwängen, kann man sich nicht anders verhalten, als sich ihnen unterzuordnen. Der alles überragende Sachzwang heißt in kapitalistischen Marktwirtschaften: Wirtschaftswachstum. Und wie die Fetische unserer archaischen Vorfahren so verlangt auch unser moderner Fetisch nach Opfern. Ein solches ist die Demokratie.

Die zweite Widerstandsaktion einer Kritischen Politischen Bildung besteht in der Erarbeitung von Alternativen. Vor dem Hintergrund der freigelegten Verhältnisse, die die Menschen im Zusammenhang mit der Aufteilung ihrer Arbeiten untereinander täglich eingehen müssen, kann Politische Bildung „soziologische Phantasie“ (Oskar Negt)<sup>6</sup> freisetzen. Wie ließe sich das Arbeiten anders einrichten? Wie könnte die Angst um den Arbeitsplatz, die Fremdbestimmung beim Arbeiten, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen überwunden werden? Wie können Unternehmer dazu gebracht werden, sich am Gemeinwohl zu orientieren, wie kann Eigentum an den Produktionsmitteln sozialverträglich definiert werden, wie kann das Geldsystem so umgebaut werden, dass es ausschließlich als Mittel des guten Lebens fungiert? Und schließlich: Wie müssten die politischen Prozesse und Ordnungen umgestaltet werden, damit eine solche Wiedereinbindung der Wirtschaft in die demokratische Grundordnung überhaupt möglich wird? Kurz: Politische Bildung muss nicht nur den

Wirklichkeitssinn, sondern auch den Möglichkeitssinn stärken und beflügeln. Denn wo der Realismus perspektivlos ist, sind nur mehr Utopien realistisch.<sup>7</sup>

Die dritte Aufgabe bezieht sich auf eine normative Frage: Welcher ethische Maßstab soll an die Suche nach neuen Möglichkeiten, nach Visionen und Utopien, angelegt werden? In diesem Buch wird beharrlich an der seit der Zeit der Aufklärung zentralen Leitidee festgehalten, dass Staat und Wirtschaft für die Menschen da sind und nicht umgekehrt und dass der Mensch in normativer Hinsicht zu allererst durch seine angeborene „Würde“ ausgezeichnet ist. Erst an diesem Maßstab können die Mittel und Wege beurteilt werden, die in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zum Einsatz kommen. Bei der Frage, woran der Grad der Einlösung des Versprechens eines menschenwürdigen Lebens für alle gemessen werden soll, kann weder der Vergleich zu anderen Zeiten noch zu anderen Orten sinnvoll sein. Bei der Beurteilung von Möglichkeiten zählt einzig und allein der Horizont dessen, was heute schon möglich ist und deshalb morgen Wirklichkeit werden kann.<sup>8</sup> Nur so lässt sich die Übermacht der Wirklichkeit brechen, kann das Potenzial der Möglichkeiten erschlossen werden.

#### Aufbau des Buches

Das erste Kapitel definiert kurz den Begriff Politische Bildung. Das zweite Kapitel fragt nach deren übergeordneten Zielen, einerseits in Hinblick auf das Gemeinwesen, auf das sie bezogen ist, andererseits in Hinblick auf den Bürger, der sich bildet bzw. gebildet wird. Im dritten Kapitel werden die Ausgangsbedingungen der Politischen Bildung dargelegt: einerseits der ihr jeweils vorgegebene institutionelle Rahmen, andererseits die persönlichen Voraussetzungen, die der sich Bildende in den Bildungsprozess mitbringt. Im vierten Kapitel wird der Prozess des Mündigwerdens entfaltet: seine konkreten Ziele, seine Wege und seine Orientierungen. Dabei soll die Unterscheidung zwischen Anpassungs- und Widerstandsfaktoren besonders deutlich herausgearbeitet werden. Das fünfte Kapitel präsentiert einige inhaltliche Themenfelder, mit denen sich die Politische Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen muss.

Zentral für die Konzeption dieser Einführung ist die Grundentscheidung, Politische Bildung immer von zwei Seiten aus zu betrachten: zum einen von der Seite der Politik, also der politischen Verhältnisse, zum anderen von der Seite des Menschen, also des

politischen Verhaltens. Die Verhältnisse existieren, ehe der Einzelne sich in bzw. zu ihnen verhalten kann, aber durch sein Verhalten kann er diese Verhältnisse wiederum beeinflussen. So pendelt der Blick zwischen der Politik und dem Menschen hin und her. Das Buch will zeigen, welche Anpassungserfordernisse das Gegebene einerseits mit sich bringt und wie das Gegebene andererseits im Prinzip auch überschritten werden kann.

---

<sup>1</sup> So z.B. eine Befragung im Auftrag des Kinderhilfswerks unter 10- bis 17-Jährigen: [http://www.dkhw.de/cms/images/downloads/Ergebnisse\\_politisches\\_Engagement\\_von\\_Jugendlichen.pdf](http://www.dkhw.de/cms/images/downloads/Ergebnisse_politisches_Engagement_von_Jugendlichen.pdf), zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

<sup>2</sup> Dies war eine der Fragen, die auf einem Symposium der Universität Bamberg 2010 näher untersucht wurde. Görtler/Reheis 2012.

<sup>3</sup> Siehe die Verwendung des Begriffs durch Angela Merkel im Herbst 2011 und die Diskussion darüber: z. B. <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-irrweg-in-der-krise-11712359.html>, zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

<sup>4</sup> <http://www.zeit.de/2000/18/200018.5.gewalt.xml>, zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

<sup>5</sup> Zitiert nach Streeck 2013, S. 125.

<sup>6</sup> Negt 1971.

<sup>7</sup> Negt 2010, S. 560.

<sup>8</sup> Der Maßstab der objektiv gegebenen Möglichkeiten wird vor allem von Oskar Negt in seiner Studie „Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform“ (2010) vertreten. Die Vorstellung einer zyklischen Bewegung von der Wirklichkeit zur Möglichkeit und weiter von der Möglichkeit zur neuen Wirklichkeit lässt sich auch in das Modell des Politik-Zyklus integrieren. Reheis 2009b.